

Höchste Zeit für zwei, drei, viele und noch mehr Ökoprojekte

Posted on 6. November 2022 by Wolfgang Storz

Die Frage, ob unser jetziges Lebens- und Wirtschaftsmodell, dessen Alltag im Wesentlichen aus dem Herstellen, Ver/Kaufen, Konsumieren und Wegwerfen von Warenansammlungen besteht, weitergeführt werden kann, wurde vor etwa 30 bis 40 Jahren aufgeworfen. Es ist bisher beim Fragen geblieben. Ein Plädoyer für viele konkrete Projekte statt endloser Debatten über Großkonzepte.



Foto: © sira

Die Wirtschaft ökologisch umstürzen, darüber kann ewig geredet werden, ist doch alles so komplex, hängt doch alles so unauflöslich zusammen, von der regionalen Temperaturskala über den nationalen Arbeitsmarkt bis zur internationalen Profitrate und unverzichtbar erscheinenden Handelsgeschäften.

Dass es so wie bisher nicht weitergeht, bestreitet inzwischen bestenfalls noch eine Minderheit in diesen Zeiten von verdorrten Wäldern in deutschen Mittelgebirgen, von Überflutungen, die ganze pakistanische Landstriche einschließlich Bevölkerung versenken, von Wassernot in Afrika, brisanten existentiellen weltweiten Abhängigkeiten und neuen aktuellen nuklear-militärischen Bedrohungen. Medien und Politiker fassen diese letztlich alle überfordernde Ballung von Einzelkrisen inzwischen in diesen Begriff: Man habe es mit einer multiplen Krisenlage zu tun. So greifen solche und ähnlich verschwurbelte Sprachlosungen um sich, die das

Katastrophale zudecken sollen, um den Verantwortlichen wie den ihnen zuhörenden WählerInnen die fortlaufende Simulation von Normalität zu erlauben. Symbol dafür ist das Kanzler-Wort „Zeitenwende“. Vermutlich spricht er bewusst nicht von Wende-Zeiten, würde er sich doch damit unter Zugzwang setzen: anders zu denken, anders zu sprechen, anders zu handeln. Dagegen reicht es in Zeitenwenden ohne Andersdenken bloß die Summen zu erhöhen: 100 Milliarden, 150 oder auch 250, wenn`s denn sein muss.

Der Planet ist geplündert

So lässt sich weniger an Kanzler-Worten denn an Buchtiteln ablesen, um was es geht: Herbert Gruhl, Blut-und-Boden-Rechter aus der Gründungszeit der Grünen, schrieb 1975 den Bestseller: „Ein Planet wird geplündert. Die Schreckensbilanz unserer Politik.“ Heute, nach beinahe 50 Jahren weiteren Fortschrittes, heißen die Buchtitel: Der Planet ist geplündert.

Trotzdem werden bisher nur die Summen, die zum Fenster hinausgeworfen werden, höher. Wie in den vielen Jahren zuvor dienen sie allein der Antwort auf die Frage: Wer kann wie, wann und mit wie viel Geld entschädigt werden? Für den abgebrannten Wald, das abgesoffene Haus, das 40 Grad-Wetter, das weggeschwemmte Auto, die teure Butter, das teure Benzin?

Was könnte mit einfachen, verständlichen und zugleich tiefgreifenden Maßnahmen deutlich anders gemacht werden? Und: Woran sollten die Maßnahmen gemessen werden? Sie sollten nicht naiv sein, sondern realistisch, machbar und trotzdem ehrgeizig, also weitreichend. Die ersten Maßnahmen sollten beispielhaft in den Produktions- wie den Konsumbereich und in den Lebensalltag unübersehbar eingreifen — die Menschen sollen sie erleben können im Alltag, also erleben, wo und wie sie nutzen, wo sie wem eventuell auch schaden. Nur so kann die oben bereits erwähnte immer noch weithin ungebrochen herrschende Simulation der Normalität gestört, eventuell sogar zerstört werden.

Das geht nur mit einer Politik, in deren Mittelpunkt konkrete und zugleich weitreichende wie verantwortbare Projekte stehen. Projekte, mit denen quasi stichprobenartig möglichst rasch Erfahrungen gewonnen werden, nach dem Trial and Error Prinzip, was funktioniert (gemessen an den Zielen) gut, was weniger, wo kann und muss nachgesteuert werden. Denn für praxisferne Grundsatzdebatten bleibt keine Zeit mehr, wurden doch die vergangenen 40 Jahre zerredet, weil die herrschenden Interessen in Politik und vor allem Wirtschaft jegliche nennenswerten Änderungen blockierten. Also drei Beispiele.

Beispiel eins



Wegen der Umweltprämie überfüllter Autofriedhof, September 2009 (Foto: Janericloebe auf wikimedia commons)

Die Stadt Frankfurt setzt sich das Ziel, bis spätestens 2025 in einem ersten großen Schritt in der Innenstadt autofrei zu werden und zugleich die individuelle Mobilität zu erhalten. Die Folgen: Die Luft wird besser werden, der Lärm geringer, zehntausende Wohnungen haben schlagartig eine deutlich höhere Qualität (mit entsprechenden Wertsteigerungen), die Gesellschaft gewinnt enorm viel oberirdischen, auch unterirdischen öffentlichen Raum zurück (umgewidmete Parkplätze, abgerissene Parkhäuser, verschwundene kilometerlange Schlangen an parkenden Autos etc.), den sie für Grünflächen, öffentliche Einrichtungen, Märkte und Wohnungen neu verwenden kann.

Die Maßnahmen: Jeder Bürger und jede Bürgerin der Stadt, die ein Auto abmelden, erhält für das erste Jahr ein kostenloses Ticket für den öffentlichen Nahverkehr. Wer das nicht will, muss in einem bestimmten Zeitraum für sein Fahrzeug einen privaten Parkplatz nachweisen; so war dies übrigens früher für eine Zulassung selbstverständlich üblich. Wer das nicht kann und will, der kann außerhalb der Stadt auf entsprechend ausgewiesenen großen Parkflächen gegen Gebühr sein Auto abstellen; zu diesen Flächen gibt es einen öffentlichen Nahverkehr. Der öffentliche Nahverkehr (S- und U-Bahn, Straßenbahnen, Radfahrwege etc.) wird nennenswert ausgebaut.

Selbstverständlich können sich alle öffentlichen Dienste, Lieferanten, Handwerker etc. mit ihren Fahrzeugen

in der Stadt bewegen. Es werden zudem hunderte, nach Bedarf und Nachfrage tausende Taxen, autonom fahrende Fahrzeuge und Kleinbusse für den individuellen Verkehr zugelassen und deren Preise stark subventioniert; Ziel ist es, diesen individuellen Verkehr nach und nach zu verringern. Die dafür notwendigen Subventionen sind auch auf Ebene einer Großstadt vermutlich ein Bruchteil dessen, was die Stadt heute für den Autoverkehr ohne Gegenwert für die Allgemeinheit verschwendet; allein die enormen öffentlichen Flächen, die vom sogenannten ruhenden Autoverkehr geklaut und damit nicht sinnvoll genutzt werden. Abgesehen davon ist der sanfte Zwang, das Auto abzuschaffen vermutlich die beste Sozialpolitik: Die Anschaffungsinvestition, von einigen tausend bis mehreren zehntausend Euro, werden gespart, je Monat kann jeder Autobesitzer zudem im Durchschnitt 400 bis 600 Euro (Benzin, Versicherungen etc.) sparen und anders verwenden.

Beispiel zwei

Der Wasserverbrauch im konventionellen Baumwollanbau ist sehr hoch. Fachleute veranschlagen für ein T-Shirt bis zu 2000 Liter Wasser, für eine Jeans rund 8000 Liter. Das *Statistische Bundesamt* hat errechnet, dass die hierzulande verkauften Baumwollprodukte mehr Wasser verbrauchen, als in deutschen Haushalten fürs Baden, Kochen und Waschen durch die Leitungen fließt. Die Folge: Mit jedem Kleiderkauf importieren die Deutschen zwangsläufig große Mengen Wasser aus den Trockenzonen der Welt; und das Wasser wird inzwischen auch in unseren Breitengraden knapp und damit teuer.

Es geht anders: Nach einer Studie der Non-Profit-Organisation *Textile Exchange* braucht Biobaumwolle 91 Prozent weniger Wasser als konventionelle. Doch für den Anbau und den Verkauf von Biobaumwolle gibt es ein Hindernis: Sie ist um 20 bis 40 Prozent teurer als konventionelle Baumwolle. Deshalb liegt ihr Marktanteil in Deutschland unter einem Prozent.

Die Konsequenz: Deutschland und die EU tun sehr viel mehr, um alle Unternehmen, die Bio-Baumwolle herstellen und mit ihr wirtschaften, zu fördern. Und innerhalb von drei bis fünf Jahren wird, angeregt von deutlich und ständig steigenden Einfuhrzöllen, die Einfuhr von herkömmlichen Baumwoll-Produkten so sehr verteuert, dass sie nach und nach gegen Bio-Baumwolle und deren Produkte auf dem Markt keine Chancen mehr haben.

Beispiel drei



Foto: © sira

Die EU macht einiges, um den Wegwerf-Kapitalismus wenigstens etwas zu verlangsamen. So gibt es bald ein [Recht auf Reparaturen](#), Produkte müssen bald leichter zu recyceln sein. Es geht jedoch zu langsam, weil es sich immer um kleine Schritte handelt. Vor allem Konzerne blockieren mit ihrer Lobbyarbeit: Sie wollen wegen ihrer Profite die Wegwerf-Mentalität unbedingt erhalten. Wie sonst sollen sie ihre Produktionskapazitäten auslasten, die in den vergleichsweise wohlhabenden westlichen Wirtschaftsländern bereits seit vielen Jahren weit über den Bedürfnissen Menschen liegen.

Die Maßnahme: In Deutschland wird die Mehrwertsteuer auf Reparaturen von 19 auf 0 Prozent gesenkt, um sie bewusst zu bevorzugen; wie bisher können unverändert Reparaturkosten von der Einkommenssteuer abgesetzt werden. Die Folgen könnten schnell gravierend sein: Das (heimische Reparatur-) Handwerk würde gestärkt, machte mehr Umsatz, könnte noch mehr Menschen beschäftigen. Das Wegwerfen wäre nicht länger selbstverständlich. Es würden Ressourcen gespart. Es gäbe weniger Abfall („Elektroschrott“). Der Kultur des Wegwerfens stünde seit langem erstmals wieder eine Alternative entgegen, die sich rechnete.

- [E-Mail](#)
- [teilen](#)
- [teilen](#)
- [teilen](#)

-  [teilen](#)

Entdecke mehr von bruchstücke

Melde dich für ein Abonnement an, um die neuesten Beiträge per E-Mail zu erhalten.

Gib deine E-Mail-Adresse ein ...

Abonnieren